

Plenarprotokoll
21. Sitzung
Donnerstag, 22. November 2012

Fragestunde des Abgh

Mittelkürzung für die soziale Stadtentwicklung

Iris Spranger (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Senat:

1. Sind Presseberichte zutreffend, dass die schwarz-gelbe Koalition im Bundestag bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2013 beschlossen hat, den von der Bundesregierung eingebrachten Ansatz für das Pro-gramm Soziale Stadt erneut um 20 Prozent zu kürzen?
2. Welche Auswirkungen hätte eine derartige Kürzung für das Land Berlin?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Müller – bitte schön!

Bürgermeister Michael Müller (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Herr Präsident! Frau Abgeordnete Spranger! Ich kann Ihre erste Frage leider nur mit ja beantworten, und das ist bitter. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung am 8. November mit seiner schwarz-gelben Mehrheit beschlossen, den vom Bundes-kabinett eingebrachten Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 in diesem wichtigen Programm der Städtebauförderung von 50 Millionen Euro um 10 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro zu reduzieren. Darüber hinaus wurde es den Ländern auch verboten, vor dem Hintergrund der eigenen Problemlage Umschichtungen aus anderen Programmen der Städtebauförderung zugunsten des Pro-gramms Soziale Stadt vorzunehmen.

Frau Spranger! Ich muss diesen Beschluss leider so werten, dass der soziale Zusammenhalt und ein solidarisches Miteinander in sozial schwachen Quartieren unserer Städte und Gemeinden dieser Koalition nicht viel wert ist. Ich betrachte die starke Mittelkürzung als eine weitere, nachhaltige Schwächung des sozialen Miteinanders in den sozial benachteiligten Quartieren. Es ist das falsche Signal.

Während die Bundesregierung zaghaft der Einsicht folgte, dass hier dringender Handlungsbedarf vorhanden und das stark dezimierte Programm Soziale Stadt auf 50 Millionen Euro aufzustocken ist, weist die Koalition diesen Beschluss zurück. Mit diesem Beschluss verbittert die Regierungskoalition all jene, die täglich um ein soziales Miteinander und Stabilität in den Nachbarschaften und Gemeinden ringen. Erneut bleiben finanzschwache Kommunen mit dem Problem allein, soziale und ethnische Integration zu organisieren und zu verhindern, dass sich die gesellschaftliche Spaltung auch in der Spaltung unserer Städte und Gemeinden manifestiert. Wir wissen alle, wie die Entwicklung gerade in den Städten ist. Dort gibt es Zuzug, Bevölkerungswachstum, dort entstehen die Probleme.

Zu ihrer Frage 2: Berlin hat frühzeitig gegengesteuert. Ich möchte daran erinnern, dass seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU-FDP-Koalition auf Bundesebene, das Programm Soziale Stadt regelmäßigen Kürzungen und Einschränkungen unterlegen hat. Das Programm war im Jahr 2009 noch mit einem Volumen von 105 Millionen ausgestattet. Heute sind es nur noch – wie eben beschrieben – die 40 Millionen. Wegen dieses mangelnden Engagements des Bundes in dieser so wichtigen gesellschaftspolitischen Frage haben wir in unserem Haushalt eigenständig Vorsorge geleistet, um zu zeigen, dass es falsch ist, hier Quartiere auf sich selbst gestellt zurückzulassen. Deshalb haben wir den Verlust von Bundesmitteln mit Landesgeldern und Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, also dem EFRE, ausgeglichen. So werden wir auch im Haushaltsjahr 2013 einen Ansatz von 15,4 Millionen für Projekte, Initiativen und Maßnahmen in den Berliner QM-Quartieren zur Verfügung stellen.

Aber es geht um mehr: Ich will hier ausdrücklich betonen, dass ich sehr froh darüber bin, dass sich die rot-schwarze Koalition in Berlin darin einig ist, dass das der falsche Weg ist, der da auf Bundesebene eingeschlagen wird. Im August dieses Jahres haben wir gemeinsam, zu Recht beschlossen, dass sich Berlin im Bundesrat dafür einsetzen wird, das Programm Soziale Stadt auf das alte Programmvolumen von 105 Millionen wieder aufzustocken und dass die einseitigen Beschränkungen des Programms auf Investitionsmaßnahmen aufzuheben sind. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Initiative, die von dieser [Berliner] Regierungskoalition ausgeht und hoffentlich früher oder später auch auf Bundesebene erfolgreich sein wird!

[Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Zur ersten Nachfrage Frau Kollegin Spranger, bitte schön!

Iris Spranger (SPD):

Danke schön! – Herr Senator! Ich frage trotzdem noch mal nach: Ich kann mich daran erinnern, im April dieses Jahres hatte ja gerade die Bundeskanzlerin im Rahmen der Integrationsministerkonferenz zugesichert, sich persönlich dafür einzusetzen, dass die finanzielle Ausstattung, so wie Sie das hier schon völlig richtig ausgeführt haben, dieses Programms sogar weiter erhöht werden soll. Und ich frage natürlich – wir haben jetzt die Beschlusslage im Deutschen Bundestag –: Ist Ihnen bekannt, dass die Bundeskanzlerin dort noch mal einwirken wird, oder sind dann die Zusicherungen der Bundeskanzlerin vom April dieses Jahres eben doch leider wertlos geworden?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator!

Bürgermeister Michael Müller (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Herr Präsident! Frau Abgeordnete Spranger! Es ist richtig, im Rahmen dieser Integrationsministerkonferenz gab es über Parteigrenzen hinweg einen einstimmigen Beschluss, dass doch wenigstens wieder ein Programmvolumen von 95 Millionen anzustreben ist. Mein Kenntnisstand ist so, dass das wohl doch ein sehr beeindruckendes Votum war und die Bundeskanzlerin eben auch zugesichert hat, dass sie in dieser Richtung noch mal Initiativen ergreifen wird. Also insofern war das möglicherweise ein erster angedachter Schritt der Bundesregierung, ja wenigstens wieder auf 50 Millionen zu erhöhen, längst nicht das, was die

Integrationsminister eingefordert haben, aber immerhin ein erster Schritt. Leider – muss man so eindeutig sagen – ist selbst dieser erste kleine Schritt jetzt im Deutschen Bundestag mit der entsprechenden Regierungsmehrheit kaputt gemacht worden. Das ist sehr bedauerlich. Ob weitere neue Initiativen der Bundesregierung geplant sind, kann ich Ihnen nicht beantworten.

Präsident Ralf Wieland:

Als Nächstes Frau Kollegin Schmidberger!

Katrin Schmidberger (GRÜNE):

Vielen Dank! – Herr Senator Müller! Ich finde Ihr Engagement für dieses Programm auf Bundesebene sehr anerkennenswert. Ich habe trotzdem noch mal eine Frage zu der Landesebene: Können Sie mir sagen, aus welchen Gründen die Gelder für die „Aktionsräume plus“ 2013 wohl komplett gestrichen werden sollen? Stimmt das? Und warum? Und können Sie mir noch kurz beantworten, welche Gebiete in die sogenannte Verstetigungsphase überführt werden sollen, also welche Quartiersmanagementgebiete sollen nächstes Jahr bzw. im Jahr darauf aus der Förderung fallen?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator!

Bürgermeister Michael Müller (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Herr Präsident! Frau Abgeordnete Schmidberger! Ich bitte da um Verständnis, wir sind im Moment noch in einer Phase, wo wir die Programme überprüfen. Es ist keineswegs angedacht, in dem Bereich Soziale Stadt Kürzungen vorzunehmen. Wenn es dazu kommen sollte, dass aus diesem Bereich der „Aktionsräume plus“ tatsächlich Mittel nicht mehr entsprechend eingesetzt werden, werden sie aber den anderen Programmen in diesem Bereich Soziale Stadt zur Verfügung stehen. Wir werden da keine Mittelkürzung vornehmen.